

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Kabalen und Capitulien  
Johannispforte 53.  
Sprechstunden der Redaktion:  
Donnerstags 10-12 Uhr.  
Freitag 4-6 Uhr.

Die die Rechte eingetragenen Manu-  
scripte macht sich die Redaktion nicht  
verantwortlich.

Kundgabe der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Preise an Wochenenden bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Zul. Anzeigen:  
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,  
Sowjet Straße, Katharinenstr. 18, p.  
nur bis 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementpreis 16,20 Mk.

Abonnementpreis 16,20 Mk.,  
incl. Bringerlohn 5 Mk.,  
durch die Post bezogen 6 Mk.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 20 Pf.  
mit Postbefreiung 45 Pf.

Interate 1/2 Pf. Zeitzeile 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis — Labelschriften  
Zug nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsbrieff  
die Spalte 40 Pf.  
Interate sind hier an d. Capitulien  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung personennur oder  
durch Postnachnahme.

№ 288.

Mittwoch den 15. October 1879.

73. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Das 15. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei  
und einzuzeigen und wird bis zum 3. künftigen Monats auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme  
öffentlich ausliegen.

- Nr. 97. Verordnung zur Ausführung der §§. 4 und folgende des Gesetzes vom 4. März 1879, einige  
mit der Civilprozessordnung zusammenhängende Bestimmungen enthaltend; vom 16. Sep-  
tember 1879.
- Nr. 98. Verordnung, den Vorbereitungsdienst zur Erlangung der Fähigkeit zum Richteramt betreffend;  
vom 17. September 1879.
- Nr. 99. Verordnung, die Abhaltung von Säbnerfischen mit Studirenden der Universität zu Leipzig und  
des Königl. Polytechnikums zu Dresden betreffend; vom 18. September 1879.
- Nr. 100. Verordnung, die Hälftbeamten der Staatsanwaltschaft betreffend; vom 19. September 1879.
- Nr. 101. Verordnung, die in den Gefängnisanstalten zu Dresden und Chemnitz zu verübenden Ge-  
fangnisstrafen betreffend; vom 20. September 1879.
- Nr. 102. Verordnung, die Beurteilung von Akten und Urkunden betreffend; vom 22. September 1879.
- Nr. 103. Verordnung, die Schöffin und Geschworenen betreffend; vom 23. September 1879.
- Nr. 104. Bekanntmachung, die Rangverhältnisse der Richter und Staatsanwälte betreffend; vom  
24. September 1879.
- Nr. 105. Bekanntmachung, die Function des Landthierarztes betreffend; vom 26. September 1879.
- Nr. 106. Bekanntmachung, die Bestellung eines Wahlcommissars für die Ergänzungswahl im 22.  
Königl. Wahlkreise betreffend; vom 26. September 1879.
- Nr. 107. Verordnung, die Verabreichung und Beförderung von lebenden Tieren auf Eisenbahnen be-  
treffend; vom 18. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Stüb.

## Bekanntmachung.

Die zur Submission ausgeschriebene Lieferung von je 860 zweijährigen Schulbänken für die 7 Bürger-  
und 7 Bezirksschule ist vergeden und werden die unbedingtesten geliebten Herren Bewerber hiermit  
ihrer Gebote entlassen.  
Leipzig, den 10. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Blüsch, Bf.

## Russische Machinationen.

Neben den officiellen Provocationen der Presse hat  
nunmehr auch die officielle Welt in Russland ein  
Intriguenpiel gegen das deutsche Reich und Oester-  
reich-Ungarn in Scene gesetzt, das nur allzu sehr  
geeignet ist, bereits bestehende Gegensätze zu ver-  
schärfen. Man schreibt uns in diesem Sinne auf  
Grund guter Information aus Berlin: „Die  
Revidirten unserer officiellen und officiellen Welt  
über die offen wie geheim wirkenden Machinationen  
eines Theils der russischen Staatsmänner und  
höhen Militärs wird nicht dadurch abgemildert,  
dass einzelne Petersburger Organe zur Versöhnung  
mahnen. Wie wenig davon zu halten, beweist die  
überwiegende Mehrheit jener censurirten russischen  
Blätter, die sich Tag für Tag in satanischen An-  
griffen gegen Deutschland und Oesterreich er-  
gehen. Sie sagen geradezu, dass die Unabbarkeit  
Deutschlands und seines leitenden Staats-  
mannes bestraft werden müsse. Der Kampf  
zwischen Slaven und Deutschen sei unausbleiblich  
und von Verzeihung könne keine Rede sein.  
Russland werde zu entscheiden haben, in welcher  
Art die Verluste des letzten Krieges wieder ersetzt  
werden müssen. In erster Linie wird der Czar  
den Ballan zu fordern haben, und wenn Oester-  
reich mag, dies zu hindern, so wird es vernichtet.  
Das Bewusstsein dieses an diesen Machinationen  
ist wohl der Grund, dass das russische Volk fort-  
während alarmirt und in eine kriegerische  
Stimmung gehetzt wird, welche sich schließlich  
gegen die russische Regierung selbst wenden muß.  
In dessen lassen es ihre Organe in Dramen  
nicht an Vorwänden fehlen, um neue Streitfälle  
mit der Türkei herbeizuführen. Der General-  
Gouverneur hat zwar die Reorganisation der  
Militär in Aussicht genommen, sich aber ge-  
weigert, die russischen Officiere durch türkische  
zu ersetzen, wie Streder Pascha verlangte.  
Nach einem vorliegenden Berichte wollte Fürst  
Bogoroditz darauf nicht eingehen und hat Streder  
Pascha bedauert, er möchte sich durch seine  
preussische Gehart nicht zu Antimositäten gegen  
Russland hinreißen lassen. Dieser Fall ist der  
Vorteil von Streder Pascha zur Entscheidung vor-  
gelegt worden, und wie es scheint, hat der englische  
Gesandte in Konstantinopel die Vermittelung über-  
nommen. In einer Depesche aus Paris liest man  
nämlich, dass Salisburgh den Berliner Vertrags-  
mächten die Beschickung einer Consular-Versamm-  
lung in Philippopol vorgeschlagen habe, welche  
über die Lage in Osmenien berichte.  
Nicht Pascha wünscht eine solche Conferenz  
und hat einen sein Verhalten rechtfer-  
tigenden Bericht vorbereitet. Die Conferenz  
wird allem Anscheine nach dasselbe Schicksal haben  
wie so manche andere Conferenzen, die im Orient  
unersöhnliche Gegensätze auszugleichen bestimmt  
war. Die Russen werden deshalb nicht ausführen,  
gegen die Türkei und namentlich gegen Oesterreich  
zu conspiriren. So wird jetzt aus Oessa gemeldet,  
dass einige russische Stabsofficiere des dortigen  
Militärbezirks für drei Wochen „in die Nähe  
der österreichisch-ungarischen Grenze“ beordert  
wurden, um dort Stadien anzustellen, wie in bester  
Art einer Invasion jener Gegend begegnet  
werden könnte. Offenbar wird das Wachen eines  
österreichischen Einfalls in Russland nur erfinden,  
um die größte Phantasie der Panславisten noch

mehr anzukregen. Glücklicherweise hat die Friedens-  
parole des Czaren Alexander und mehr noch die  
Umstände, welche das Nachwort geboten, vor-  
läufig dem Tönen der russischen Presse ein Ende  
gemacht. Dem Fürsten Bismarck ist es gelungen,  
Russland zu isoliren, und es kann für dasselbe vor-  
läufig keine Rede von der Erwerbung einer con-  
tinentalen oder maritimen Allianz sein. Ein die-  
siger Staatsmann sagte dieser Tage: Das republi-  
kanische Frankreich würde durch eine Allianz mit  
Russland in die Hände der orleanistischen Präten-  
denten getrieben und Amerika würde vermöge seiner  
Monroe'schen den unbedingtesten Freund des  
russischen Kolosses abgeben.  
Dass man in Berlin nach längerem Schmelzen  
eine bestimmtere Stellung einzunehmen gedenkt,  
geht wohl genugsam daraus hervor, daß, wie offi-  
ciell zugesagt wird, der Reichsanwalt durch seine  
Abreise nach Barzin eine Begegnung mit dem  
Fürsten Gortschakoff unmöglich machte.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 14. October.

Es werden bereits alle Vorkehrungen getroffen,  
um die im preussischen Landtage bevorstehenden  
Debatten über die Eisenbahnvorlagen der  
Regierung einzuleiten. „Nach den neuesten Mit-  
theilungen wird nach der Rückkehr des Czaren  
zu Stolberg das Staatsministerium am Mitt-  
woch zu einer Sitzung zusammentreten, um diese  
Vorlagen zum Abschluß zu bringen. Aller Wahr-  
scheinlichkeit nach — so schreibt uns unser Berliner  
Correspondent vom Montag — wird den 14. d. R.  
die Generalversammlung der Berlin- Potsdam-  
Magdeburger Bahn, zu welcher sich eine Aktien-  
repräsentation von 18 Millionen Mark angemeldet  
hat, der Ueberlassung an den Staat zustimmen, so  
dass das Staatsministerium über diese sowie über  
die Besatzung der Berlin- Siedtiner und  
Magdeburg-Halberstädter Bahn zu befinden haben  
wird. Man vermutet, daß diese Landtagsvor-  
lagen, wenn nicht gleichzeitig, so doch in  
näherer Zeit dem Staatsministerium und sodann  
dem Kaiser zur Sanction vorgelegt werden.  
In diesem Falle würde das Abgeordnetenhaus nach  
bis Weihnachten in die Beratung der betreffenden  
Gesegentwürfe einzutreten haben, damit die bis  
Neujahr mit den Eisenbahnen laufenden Verlaufs-  
Contracte nicht verlängert zu werden brauchen.  
Gleichzeitig werden die beiden Häuser des Lan-  
tages resp. die betreffenden Commissionen hinläng-  
liche Zeit gewinnen, von der Regierung dasjenige  
Material zu verlangen, welches sie für die Ge-  
leitung dieser wichtigen gesetzgeberischen Aufgabe  
nöthig erachten. Auch von ultramontaner Seite  
hört man, daß sie eine Hinausschiebung der Re-  
vision kirchenpolitischer Gesetze nicht zu-  
geben würde. Falls die Regierung nicht gewillt  
sein sollte, die Initiative dazu zu ergreifen, so würde  
das Centrum dies thun müssen, weil dieselben Fragen,  
in einer Reihe katholischer Petitionen vor den Landtag  
gebracht, nur eine aufregende und ziellose Dis-  
cussion zur unausbleiblichen Folge hätten. Die Kler-  
ikalen glauben ansomoch Anspruch zu haben, ihren  
Wünschen nach einer baldigen Vorlage dieser Ge-  
setze Rechnung getragen zu sehen, weil sie in der  
diesmaligen Beratung des Budgets des Cultus-  
ministeriums und des Ministeriums des Innern  
nicht wie bisher ihre Anträge und Beschwerden

anzubringen gedenken. Dadurch wird die für die  
Budgetberatung sonst in Anspruch genommene  
Zeit wesentlich abgekürzt und läme jenen kirchen-  
politischen Gesetzen zu Gute, deren Revision die  
Grundbedingung zu einem friedlichen Abkommen  
mit dem Centrum bildet.“

Zur parlamentarischen Lage wird uns  
ferner aus Berlin vom Montag geschrieben:  
„Der Abgeordnete Paster (geb. 14. October 1829)  
feiert morgen seinen fünfzigsten Geburtstag. Seine  
früheren Wähler in Frankfurt a. M. haben es  
sich nicht nehmen lassen, ihn zu dem Tage zu be-  
glückwünschen und ihm als Zeichen unveränderter  
Anerkennung eine prächtige Befe mit kunstvoller  
Silberarbeit überreichen zu lassen. Ob Paster  
dem preussischen Abgeordnetenhanse in dessen be-  
vorstehender Session wirklich fern bleiben wird,  
steht noch dahin. Daß Dr. Fall für Gölzig-  
Kauhan abgelehnt hat und dadurch in diesem  
Wahlkreise ein Mandat frei wird, ist schon ge-  
meldet worden. Auch hat Hübner von Rom  
aus nach Breslau telegraphirt, daß er für diese  
Stadt ablehnen müsse, da er schon für Berent-  
Stargard angenommen. Aber der Breslauer  
Neue Wahlverein will eine Paster'sche Candida-  
tur um jeden Preis verhindern und einige seiner  
Mitglieder versuchen es, den früheren Finanz-  
minister zu einer Aenderung seines ersten Ent-  
schlusses zu bewegen. Ob Herr v. Bennigsen  
für Annahme oder Ablehnung des ihm von  
seinem alten hannoverschen Wahlkreise wiederum  
faßt mit Einmüthigkeit angebotenen Mandats  
entschieden hat, ist noch nicht bekannt. Die Freunde  
Paster's würden im Falle der Ablehnung Bennig-  
sen's lebhaft wünschen, daß Paster in Reihaus-  
Ottendorf aufgestellt werden möchte. — Positiv  
wird jetzt berichtet, daß Minister Dr. Fall von  
der Ansicht des Herausgebers der „Deutschen Re-  
vue“, den bekannten Brief zu veröffentlichen,  
Kenntnis erhalten hat, ehe diese Publication  
stattfind, und daß er dieselbe sehr leicht, falls er  
gewillt, hätte verhindern können. Da er letzteres  
nicht gethan, muß man annehmen, daß er mit der  
Berücksichtigung einverstanden gewesen ist. Für  
jeden Unbefangenen mußte das von vorn herein  
klar gewesen sein; es sind gewiß nicht die Freunde  
des Exministers, welche jetzt den Versuch machen,  
die Sachlage zu verdunkeln.“

Die ganz im Sinne des Reichsanwalters neu-  
geschaffene Parteitheorie hat nicht nur die deutschen  
Zeitungen, sondern auch die Presse ganz Europas  
lebhaft beschäftigt. Die Welt hängt endlich an  
den inneren Vorgängen in Deutschland ein nach-  
haltiges Interesse zu widmen. Besonders charak-  
teristisch ist, daß bei Beurteilung der vollenommenen  
Parteiübergabe die Person des Fürsten Bismarck  
ganz in den Vordergrund gestellt wird. Die  
Milde hatten dabei namentlich auch in den fran-  
zösischen Blättern fast ausschließlich an der  
Figur des Fürsten; für die in Deutschland gegen-  
über stehenden Parteien bleiben im Allgemeinen  
nur Ausdrücke des Spottes oder der Schaden-  
freude. Die „Republique Française“ schließt  
ihren Artikel wie folgt: „Wenn heute Deutsch-  
land den liberalen Vertretern seine Sympathien  
entzieht, so sie Anderen zuzuwenden, weil  
die Sicherheit des Reichs dies Opfer fordert,  
so liegt gar kein Grund vor, weshalb es nicht  
früher auf ein Zeichen des Reichers die Rege-  
wählten verlassen sollte, falls diese revoluirten oder

sich weigern, dahin zu folgen, wohin er sie führt.  
Der Kanzler ist nunmehr allmächtig in Deutsch-  
land; die Wahlen haben es in einer Weise gezeigt,  
die jeden Zweifel ausschließt. Es ist sicher ein  
merkwürdiges Schauspiel, dieses Verschwinden  
der Parteien und eines ganzen Landes vor  
der mächtigen Persönlichkeit eines einzelnen  
Mannes.“ Ueber die Nationalliberalen  
urtheilt das Organ Gambetta's wie folgt:  
„Sie glaubten mit dem Herrn der Geschicke des  
deutschen Reichs kämpfen zu können; sie haben  
den Kampf zu früh oder zu spät eröffnet; zu früh,  
weil sie nicht die nötige Kraft besaßen, zu spät,  
weil die Concessionen, die ihnen der unbegleimte  
Wille bereits entziffen hatte, sie bereits allzu com-  
promittirt hatte, als daß eine Umkehr möglich  
war.“ Wir nehmen einem ausländischen Blatt  
diesen politischen Roman nicht übel, da er ja auch  
in der inländischen radicalen Presse vertrieben wird.  
Die neugeschaffene Gerichtsorganisation ist  
zwar ein großes, aber keineswegs schon vollendetes  
Werk. Es bedarf noch wesentlicher Ergänzungen.  
So haben jetzt in Berlin die Beratungen des  
Justizauschusses des Bundesrathes über das  
Strafvollzugsgesetz begonnen; es sind dazu  
mehrere Commissare der Kleinstaaten und Mittel-  
staaten in der Kaiserstadt eingetroffen. Wenn es  
sich auch bestätigt, daß die Bundesstaaten im  
Großen und Ganzen ihre Uebereinstimmung mit  
den Grundgedanken des Entwurfs ausgesprochen  
haben, so scheinen doch die finanziellen Bedenken  
sowie Einwände gegen die Beaufsichtigung des  
Strafvollzugs durch das Reich größere Dimensionen  
anzunehmen, und es ist nach Berliner Nach-  
richten noch nicht abzusehen, inwiefern die Vor-  
lage schon im Bundesrath Abänderungen unter-  
worfen werden wird.

Der greise General, den der Kaiser an die  
Spitze der Verwaltung des Reichslandes gestellt  
hat, wartet seines Amtes mit großem Eifer. Bei  
seiner Anwesenheit in Rom am Montag em-  
pfieng der Statthalter General- Feldmarschall  
v. Manteuffel in den Räumen der Präfectur  
die dortigen Beamten, die Beistandlichkeit, den Rump-  
cipalrath, eine Anzahl von Mitgliedern des Landes-  
auschusses, des Bezirksrathes und des Kreisrathes,  
sowie die Notabeln der Stadt. In Beantwortung  
der an ihn gerichteten Ansprache sagte der Stat-  
thalter nach dem folgenden, und durch das  
„B. T.“ vermittelten Telegramme, indem er  
sich zunächst an die Geistlichkeit und die Ver-  
treter der eilfährigen Körperschaften wendete, etwa  
folgendes:

„Ich respectire die Unabhängigkeit, welche die Väter  
gegen den großen Staat hegen, mit dem das Land  
900 Jahre verbunden war. Eine solche Zeit läßt sich  
nicht weglassen, aber wenn ich heute hier Rede, so  
bedenken Sie, daß nicht Deutschland den Krieg um  
Elsaß-Lothringen angefangen hat, sondern daß er uns  
von Frankreich aufgedrungen war. Wenn Sie jetzt zu  
Deutschland gehören, so erinnern Sie sich, daß das Land  
schon früher einmal 700 Jahre gemeinsamer Geschichte  
mit Deutschland durchlebt hat, und bedenken Sie, daß  
Deutschland mehr wie jedes andere Land die Eigen-  
thümlichkeit seiner einzelnen Landtheile anerkennt  
und pflegt. Deutschland wird auch in Elsaß-Lothringen  
das Gute pflegen und fortbilden, was das Land in  
seiner Verbindung mit Frankreich gewonnen hat,  
in der Politik aber mache ich einen Schritt  
front gegen Alles, was es mit dem Rande  
halten wollte. Von der Geistlichkeit insbesondere er-  
warte ich, daß sie dem Worte der Schrift gemäß